

V2537 Interpellation (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Köniz als Smart Cillage (City / Village)"

Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird um die Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

Fragen

1. Welche Projekte (inkl. Investitionsvolumen) im Bereich „Smart City / Smart Village“ verfolgt die Gemeinde Köniz aktuell (z. B. intelligente Strassenbeleuchtung, Abfallmanagement, Gebäudesteuerung, digitale Bürgerdienste) und welche sind in den nächsten Jahren geplant?
2. Welche Förderprogramme von Bund oder Kanton werden oder könnten genutzt werden, um die Kosten solcher Projekte zu senken?
3. Welche Kooperationen mit Bildungsinstituten, Vereinen (z.B. Smart City Verein Bern, Smart City Hub) und anderen Partnern im Bereich Smart City sind vorhanden und zu welchen Themengebieten?
4. Sind die technischen, gesetzliche und organisatorischen Voraussetzungen gegeben um End2End digitale Prozesse und E-Government-Plattformen einzusetzen resp. anzubieten?
5. Was hindert die Gemeinde den Baubewilligungsprozess komplett digital, medienbruchfrei und viel kürzer zu gestalten?
6. Akzeptiert die Gemeinde elektronische Signaturen / Identifikationen (e-ID) und sind Massnahmen geplant diese vollumfänglich zu unterstützen?
7. Welche Voraussetzungen erfüllt die Gemeinde Köniz bereits für eine Einführung von eCollecting & e-Voting (z.B. zentrales Stimmregister), welche noch nicht, und welche Überlegungen gibt es seitens des Gemeinderats bezüglich einer Teilnahme als Pilotgemeinde bei einer zeitnahen Umsetzung (auf kantonaler Stufe)?

Die Digitalisierung bietet Gemeinden nicht nur neue Formen der Dienstleistungserbringung, sondern auch Möglichkeiten, Kosten zu reduzieren und Ressourcen effizienter einzusetzen. Durch den Einsatz von smarten Technologien – etwa in der Strassenbeleuchtung, im Abfallmanagement oder im Gebäudebetrieb – können erhebliche Einsparungen erzielt, während gleichzeitig ökologische und soziale Ziele unterstützt werden. So hat z.B. die Stadt Zürich bereits in 2018 eine umfassende Smart City Strategie verabschiedet¹ und ist die Smarteste Stadt der Welt (Smart City Index 2025 IMD)², Ittigen hat sich als Modellgemeinde für die Umsetzung von «Smart City»-Konzepten auf lokaler Ebene etabliert und zahlreiche weitere Städte und Gemeinde verfolgen Smart City Ziele. Vorteile von Smart Cities umfassen eine nachhaltigere Ressourcennutzung (Energie, Wasser) durch intelligente Systeme, verbesserte Mobilität (weniger Staus, optimierte Parkplätze), eine höhere Lebensqualität (sichere Umgebung, bessere Dienstleistungen) und gesteigerte Bürgerbeteiligung durch digitale Plattformen. Auch für Unternehmen sind Smart Cities sehr interessant aufgrund tiefer Bürokratie, digitalen Schnittstellen und Automatisierungsmöglichkeiten.

¹ <https://www.stadt-zuerich.ch/de/politik-und-verwaltung/politik-und-recht/strategie-politikfelder/smart-city.html>

² <https://www.imd.org/smart-city-observatory/home/>

Der IAFP 2026 zeigt, dass die Aufwände aus betrieblicher Tätigkeit konstant steigen (Rechnung 2024, Budget 2025 bis Budget 2029) und dies in Millionenhöhe. Auch die spezialfinanzierten Haushalte weisen Defizite bis Budget 2029 aus. Diese Zahlen machen deutlich, dass die Gemeinde in wichtigen Bereichen vor finanziellen Herausforderungen steht. Gerade hier könnten innovative Ansätze helfen, die Effizienz zu steigern und Kosten zu senken. Smart Cities bieten Potenzial, diesen Herausforderungen mit ganzheitlichen Konzepten zu begegnen: klimaresilient, ressourcenschonend, inklusiv.

Eingereicht

10.11.2025

Unterschrieben von 27 Parlamentsmitgliedern

Sladjan Petrovic, Roland Akeret, Mark Kobel-Itten, Tatjana Rothenbühler, Katja Streiff, Toni Eder, Matthias Müller, Andreas Hauser, Fabienne Marti, Roger Tanner, Sandra Röthlisberger, Janka Hamm, Arlette Mürger, Urs Mumenthaler, Géraldine Boesch, Isabelle Steiner, David Müller, Klaus von Muralt, Sara Gasser, Mayra Faccio, Laura Hoffman, Lukas Erni, Christina Aebischer, Monika Röthlisberger, Christine Müller, Brigitte Rohrbach, Casimir von Arx

Antwort des Gemeinderates

Frage 1

Welche Projekte (inkl. Investitionsvolumen) im Bereich „Smart City / Smart Village“ verfolgt die Gemeinde Köniz aktuell (z. B. intelligente Strassenbeleuchtung, Abfallmanagement, Gebäudesteuerung, digitale Bürgerdienste) und welche sind in den nächsten Jahren geplant?

Antwort:

Die Gemeinde Köniz befindet sich im Aufbau ihrer digitalen Dienstleistungen und verfolgt derzeit zwei konkrete Projekte im Bereich der digitalen Bürgerdienste: ePlan (Digitalisierung des Planerlassverfahrens) und die Digitalisierung der Ordnungsbussenzentrale. Ein Beispiel für ein abgeschlossenes Projekt im Bereich Smart Village ist die Abfallbewirtschaftung. Mit der Einführung der 14-tägigen Papier- und Kartonsammlung mussten die Sammeltouren vollständig überarbeitet werden. Die bisherigen Touren wurden digital erfasst und dienen als Basis für die digitale Planung der neuen Routen. Seit Anfang 2025 verfügen die Fahrzeuge über ein Ortungssystem, das die Daten laufend übermittelt und die Standorte der einzelnen Fahrzeuge auf dem Bildschirm der Disponenten anzeigt. Dank der digitalen Unterstützung können die zusätzlichen Papier- und Kartonsammlungen ohne zusätzliches Fahrzeug sichergestellt werden.

In der öffentlichen Beleuchtung macht Köniz erste Schritte mit Leuchten, die mit Sensoren ausgestattet sind. Bewegungsmelder sind bereits im Einsatz und können auf wenig genutzten Wegen sinnvoll sein. Allfällige Umrüstungen müssen jedoch ortsspezifisch abgewogen werden, auch hinsichtlich Unterhalts- und Strombedarf für die zusätzliche Steuerung. Bei neuen Infrastrukturprojekten wie der Passerelle Niederwangen oder der Tramwendeanlage Kleinwaben werden aktive Steuerungssysteme stets geprüft.

Das Könizer Parlament hat bereits 2022 dem Kredit "Verkehrsmanagement Köniz - Bern Südwest, Umsetzung Massnahmen" zugestimmt. Mit einem Beitrag von CHF 500'000 (bei Gesamtkosten von CHF 5,75 Mio.) beteiligt sich die Gemeinde an kantonalen Verkehrsmanagement-Massnahmen im Raum Köniz/Liebefeld. Das Verkehrsmanagement dient der verbesserten Mobilität, indem der Verkehr ohne Ausbau der Verkehrsinfrastruktur effizient und verträglich abgewickelt wird. Stau, stehender Verkehr und Schleichverkehr durch die Quartiere sollen vermieden werden. Die Umsetzung der Massnahmen läuft und soll 2026 abgeschlossen werden.

Parallel dazu evaluiert die Gemeinde fortlaufend den möglichen Einsatz grundlegender Technologien wie E-ID, elektronische Signaturen, digitale Identitäten, KI-gestützte Funktionen sowie weitere Komponenten, die zukünftig Grundlage für digitale Verwaltungsdienste bilden könnten.

Aufgrund der bestehenden organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen liegt der Fokus der Gemeinde derzeit allerdings auf dem schrittweisen Aufbau digitaler Kernprozesse und der Etablierung einer stabilen digitalen Grundinfrastruktur (intern), bevor breitere Smart-City-Anwendungen in Betracht gezogen werden können (extern).

Frage 2

Welche Förderprogramme von Bund oder Kanton werden oder könnten genutzt werden, um die Kosten solcher Projekte zu senken?

Antwort:

Im Bereich der Verwaltungs-Digitalisierung und Smart-City-Entwicklung bestehen auf Bundes- und Kantonsebene keine breit angelegten Förderprogramme, die Gemeinden bei der Einführung oder dem Ausbau von regulären digitalen Dienstleistungen finanziell unterstützen würden. Die vorhandenen Programme, etwa jene der Digitalen Verwaltung Schweiz oder einzelne kantonale Initiativen, richten sich primär an Pilot- oder Innovationsprojekte mit Modellcharakter und nicht an die Umsetzung oder den Betrieb von standardisierten digitalen Lösungen im Gemeindekontext.

Für eine Gemeinde wie Köniz bedeutet dies, dass die Kosten für den Aufbau und die Weiterentwicklung digitaler Prozesse und Infrastrukturen grundsätzlich selbst zu tragen sind. Fördermittel kommen höchstens dann infrage, wenn ein Vorhaben explizit einen Pilotcharakter aufweist, neuartige Ansätze testet oder in Zusammenarbeit mit mehreren öffentlichen Partnern entwickelt wird, dafür fehlen in Köniz aber die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen, um solche Projekte zu initiieren und zu begleiten.

Frage 3

Welche Kooperationen mit Bildungsinstituten, Vereinen (z.B. Smart City Verein Bern, Smart City Hub) und anderen Partnern im Bereich Smart City sind vorhanden und zu welchen Themengebieten?

Die Gemeinde Köniz ist derzeit nicht offiziell Mitglied in einem ausgewiesenen Smart-City-Netzwerk wie dem Smart City Verein Bern oder dem Smart City Hub Switzerland. Dennoch bestehen punktuelle Kooperationen in smart-city-relevanten Bereichen, etwa in der nachhaltigen Energieversorgung (z. B. mit Energie Wasser Bern), der Mobilität (PubliBike) sowie bei der Digitalisierung der Verwaltung. Gestützt auf die Motion V2223 «Köniz passt sich zunehmender Hitze an» beteiligt sich Köniz seit dem 1.1.2024 am Messnetz «Urban Heat Map RegioBern» des Smart City Vereins (<https://smart-urban-heat-map.ch>). Diese Projekte zeigen, dass Köniz bereits wichtige Elemente einer Smart-City-Entwicklung umsetzt. Eine übergeordnete, institutionalisierte Smart-City-Strategie oder formelle Netzwerkpartnerschaft besteht aktuell jedoch nicht.

Frage 4

Sind die technischen, gesetzlichen und organisatorischen Voraussetzungen gegeben, um End2End digitale Prozesse und E-Government-Plattformen einzusetzen resp. anzubieten?

Antwort:

Die gesetzlichen und technischen Voraussetzungen für digitale End-to-End-Prozesse und moderne E-Government-Angebote sind grundsätzlich vorhanden oder könnten mit vertretbarem Aufwand geschaffen werden. Der entscheidende Faktor für eine erfolgreiche Digitalisierung liegt jedoch in den organisatorischen Voraussetzungen innerhalb der Verwaltung. Die Gemeinde Köniz muss ihre internen Abläufe digitalisieren und prozessorientiert gestalten, bevor sie externe digitale Dienstleistungen anbieten kann, welche medienbruchfrei in die Verwaltungsprozesse einfließen können. Die notwendige organisatorische Transformation, Aufbau von Prozessverantwortungen, Harmonisierung der Abläufe, geschäftsübergreifende Zusammenarbeit und eine moderne Verwaltungskultur, benötigt Zeit und Commitment, klare Prioritäten sowie substanzielle personelle und finanzielle Ressourcen.

Frage 5

Was hindert die Gemeinde den Baubewilligungsprozess komplett digital, medienbruchfrei und viel kürzer zu gestalten?

Antwort:

Das Baubewilligungsverfahren richtet sich nach dem Dekret über das Baubewilligungsverfahren (BewD vom 22.03.1994; BSG 725.1) des Kantons Bern. Die Gemeinde Köniz hat nur einen marginalen Einfluss auf die Dauer des Verfahrens, da dieses kantonale verbindlich geregelt ist und zahlreiche externe Akteure involviert sind. Gemeinden können keine eigenen Verfahrensvorschriften erlassen. Die Grundlage für die zweispurige Verfahrensführung bildet Art. 34a des Baugesetzes des Kantons Bern (BauG vom 09.06.1985; BSG 721.0), welcher auch die elektronische Einreichung vorsieht. Gleichzeitig hält Art. 10 Abs. 6 des BewD fest, dass die Gesuchsunterlagen weiterhin in zweifacher Papieraufbereitung, datiert und unterzeichnet, bei der Gemeinde einzureichen sind; diese bleiben rechtlich massgebend.

Mit der Einführung des eBau konnte jedoch bereits ein Schritt in Richtung Digitalisierung gemacht werden.

Frage 6

Akzeptiert die Gemeinde elektronische Signaturen / Identifikationen (e-ID) und sind Massnahmen geplant diese vollumfänglich zu unterstützen?

Antwort:

Die Gemeinde Köniz prüft derzeit den Einsatz elektronischer Signaturen. Die Annahme elektronischer Signaturen ist technisch unkompliziert, jedoch erfordert die Herausgabe eigener qualifizierter elektronischer Signaturen die Zusammenarbeit mit einem zertifizierten Vertrauensdiensteanbieter und zieht sowohl technische als auch organisatorische Anpassungen nach sich.

Derzeit steht Schweizer Bürger:innen noch keine eID zur Verfügung, da die Infrastruktur sich noch im Aufbau befindet. Eine eID auf Gemeindeebene wäre sinnvoll, wenn sie die Nutzung digitaler Bürgerdienste vereinfachen würde. Da die Gemeinde Köniz aktuell keine solchen Diensten anbietet, werden auch keine anderen elektronischen Identifikationsmittel wie CH-Login, SwissID oder kantonale Identitätslösungen eingesetzt.

Frage 7

Welche Voraussetzungen erfüllt die Gemeinde Köniz bereits für eine Einführung von Collecting & e-Voting (z.B. zentrales Stimmregister), welche noch nicht, und welche Überlegungen gibt es seitens des Gemeinderats bezüglich einer Teilnahme als Pilotgemeinde bei einer zeitnahen Umsetzung (auf kantonaler Stufe)?

Antwort:

Die Einwohnerdienste führen im elektronischen Einwohnerregister zusätzlich ein zentrales Stimmregister. In früheren Jahren konnten die Auslandschweizer:innen elektronisch abstimmen. Die Gemeinde Köniz hat an diesem Projekt teilgenommen. Dieser Versuch wurde jedoch leider abgebrochen. Es laufen neue Bemühungen, dies für alle Stimmberechtigten einzuführen. Hierfür muss jedoch der Kanton bzw. Bund entsprechende Vorgaben erarbeiten.

Köniz, 17.12.2025

Der Gemeinderat